

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme
des Luftrettungsdienstes der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers
„Christoph 13“ vom 19.12.2003**

Änderungen

Ändernde Satzung	Vom	veröffentlicht am	Art der Änderung
1. Nachtragssatzung	28.06.2007	30.06.2007	Gebührentarif NEU
2. Nachtragssatzung	26.02.2009	02.03.2009	Gebührentarif NEU
3. Nachtragssatzung	18.07.2013	26.07.2013	Gebührentarif NEU
4. Nachtragssatzung	25.06.2015	04.07.2015	Gebührentarif NEU
5. Nachtragssatzung	14.12.2021	21.12.2021	Gebührentarif NEU
6. Nachtragssatzung	19.12.2024	31.12.2024	Gebührenmaßstab Neu § 3 Satz 4

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1, 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.12.2018 (GV. NRW. S. 759, ber. 2019 S. 23), und der §§ 10 und 14 des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG NRW) vom 30.03.2004 (GV. NRW. S. 146/SGV NRW 215), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. März 2015 (GV. NRW. S. 305), in Verbindung mit den §§ 1, 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21.10.1969 (GV. NRW. S. 712/SGV NRW 610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. S. 1029), hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 09.12.2021 folgende Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Luftrettungsdienstes der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers „Christoph 13“ vom 19.12.2003 beschlossen:

**§ 1
Allgemeines**

Durch Runderlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 17.08.1993 (MBL NRW S. 1542/SMBL NRW 2129) wurde als Standort des Rettungshubschraubers „Christoph 13“ Bielefeld benannt (Ziffer 2.2) und als regelmäßiger Einsatzbereich das Gebiet der Stadt Bielefeld sowie der Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn festgelegt.

Die Stadt Bielefeld und die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn bilden nach § 10 Abs. 3 RettG eine Trägergemeinschaft für den Betrieb des Rettungshubschraubers „Christoph 13“.

Durch die öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers „Christoph 13“ vom 11.03., 19.03., 09.04., 20.04., 05.05. bzw. 17.06.1998 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Detmold vom 10.08.1998) wurde die Stadt Bielefeld mit den sich aus dem Betrieb und Einsatz des Rettungshubschraubers ergebenden Aufgaben betraut (Kernträger).

§ 2 Aufgaben

Im Rahmen der Notfallrettung (in der Regel im Gebiet, das in § 1 Satz 2 bestimmt ist), hat der Rettungshubschrauber folgende Aufgaben:

- schnelle Heranführung des rettungsdienstlichen Einsatzpersonals an den Notfallort zur Durchführung lebensrettender Maßnahmen und Herstellung der Transportfähigkeit von Notfallpatienten (Primärversorgungsflüge);
- Transport von Notfallpatienten vom Notfallort in ein geeignetes Krankenhaus unter Aufrechterhaltung der Transportfähigkeit und Vermeidung weiterer Schäden (Primärtransportflüge);
- Transport medizinisch erstversorgter Patienten aus einem Krankenhaus in ein anderes für die weitere medizinische Versorgung geeignetes Krankenhaus nach ärztlicher Indikation (Sekundärtransportflüge);
- darüber hinaus kann er auch zur Rettung von Personen aus Lebensgefahr und in besonders dringenden Fällen für den Transport von Arzneimitteln, Blutkonserven, Organen für Transplantationen oder medizinischem Gerät eingesetzt werden (Sachtransportflüge).

§ 3 Gebühren

Für den Einsatz des Rettungshubschraubers erhebt die Stadt Bielefeld, die nach dem Willen der Trägergemeinschaft zum Erlass einer Gebührensatzung aufgrund der oben genannten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ermächtigt ist, Gebühren nach den Bestimmungen dieser Satzung.

Die Höhe der Gebühren richtet sich nach dem Gebührentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

Der Gebührenanspruch entsteht mit Beginn des Einsatzes.

Gebührenmaßstab ist die Dauer der Rotorlaufzeit in Minuten von Beginn der Inbetriebnahme des Hubschraubers bis zur Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft auf der Betriebsstation.

Wird vor der Rückkehr des Hubschraubers zur Betriebsstation ein neuer Einsatzbefehl erteilt, so endet für den bisherigen und beginnt für den folgenden Einsatz abweichend von Satz 4 der Einsatz mit der Erteilung des neuen Einsatzbefehls.

§ 4 Gebührenbefreiung

Von der Gebührenerhebung kann abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte wäre oder aufgrund öffentlichen Interesses gerechtfertigt ist.

§ 5 Gebührensschuldner

Gebührensschuldner ist - unbeschadet der Vorschriften des Bürgerlichen Rechts über die Geschäftsfähigkeit - derjenige, der die Leistungen des Luftrettungsdienstes

- in Anspruch nimmt,
- bestellt hat oder
- in dessen Auftrag die Leistung angefordert wird.

Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.
Im Falle missbräuchlicher Bestellung ist der Besteller gebührenpflichtig.

§ 6 Gebühreneinzug / Fälligkeit

Die Gebühren werden durch Bescheid des Oberbürgermeisters der Stadt Bielefeld geltend gemacht. Sie sind innerhalb eines Monats nach Zustellung des Heranziehungsbescheides fällig.

§ 7 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Anlage

zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme des Luftrettungsdienstes der Trägergemeinschaft des Rettungshubschraubers "Christoph 13" vom 19.12.2003 in der Fassung der 6. Nachtragssatzung

vom 19.12.2024

Gebührentarif

Gebühren für den Einsatz des Rettungshubschraubers pro Minute Rotorlaufzeit bei Primärversorgungsflügen, bei Primär- und Sekundärtransportflügen und bei Sachtransporten:

117,60 €

Die Satzung ist am 01.01.2004 in Kraft getreten.

Die 1. Änderungssatzung ist am 01.07.2007 in Kraft getreten.

Die 2. Änderungssatzung ist am 03.03.2009 in Kraft getreten.

Die 3. Änderungssatzung ist am 27.07.2013 in Kraft getreten.

Die 4. Änderungssatzung ist am 05.07.2015 in Kraft getreten.

Die 5. Änderungssatzung ist am 22.12.2021 in Kraft getreten.

Die 6. Änderungssatzung ist am 19.12.2024 in Kraft getreten.